

Sehr geehrte Innenminister*innen,
Sehr geehrte Frau Bundesinnenministerin,

Demokratie bezeichnet „einen zeitlich, sachlich und sozial unabschließbaren Dauerkonflikt über die politische Gestaltung des Gemeinwesens“, schreibt Ulrich Rödel in seinem Buch „Die demokratische Frage“. Auch hinsichtlich der sich ständig verändernden Herausforderungen und des politischen Umgangs mit den Fluchtbewegungen weltweit besteht ein permanenter gesellschaftlicher Konflikt. Doch gleichermaßen birgt dies die Chance auf Veränderung zum Positiven – für die Rechte von (geflüchteten) Menschen. In diesem Sinne sind wir aktiv.

Anlässlich der 125. Innenminister*innenkonferenz und unter der Prämisse, dass die demokratische Wirklichkeit kein abgeschlossener Prozess ist, wenden sich etwa 50 Bundes-, Landes- und lokale Initiativen sowie zahlreiche Einzelpersonen in einer Stellungnahme an Sie: Wir, die Unterzeichnenden, fordern eine Asylpolitik ein, die sich an den Grundrechten und den internationalen Menschenrechtsstandards orientiert!

Flüchtende Menschen durchqueren oftmals Länder in denen sie weder ausreichenden Schutz, noch effektiven Zugang zu Bildung, Arbeit, medizinischer Versorgung und anderen, in der Genfer Flüchtlingskonvention verankerten Rechten haben und/oder keine längerfristigen (Über-)Lebensperspektiven. „Es besteht keine völkerrechtliche Verpflichtung für Menschen auf der Flucht, bei erstbestener Gelegenheit in einem bestimmten Land um Schutz anzusuchen“, bezieht sich Dr. Christoph Pinter in einem Aufsatz auf Art. 31 der Genfer Flüchtlingskonvention.

Zeit Online berichtet am 6. Dezember 2021 von 43 Fällen, in denen der Europäische Gerichtshof Polen dazu verpflichtete, Geflüchtete mit Nahrung, Wasser und Kleidung zu versorgen, ihnen Kontakt zu Anwäl*innen zu ermöglichen und von einer Abschiebung nach Belarus abzusehen. Ob das EU-Land die Anordnungen befolgt hat, ist offen.

Unter anderem in Polen nutzen reaktionäre Politiker*innen erneut Fluchtbewegungen, um die Grundrechte für Asylsuchende weiter zu minimieren. Diese Politik fördert den Rassismus und vertieft zunehmend die gesellschaftliche Spaltung. Darüber hinaus wird sie zu wachsendem Misstrauen gegenüber politischen Akteur*innen in der EU führen.

Wir fordern Sie als Innenminister*innen auf, sich für das Non-Refoulement-Gebot einzusetzen. Den Geflüchteten muss an der Grenze Belarus-Polen Zugang zu einem Asylverfahren gewährt werden. Es dürfen nicht noch mehr Menschen sterben!

Illegale Pushbacks, die einen Verstoß gegen Europäisches und Internationales Recht darstellen, müssen beendet und Beobachter*innen an der Grenze Belarus-Polen zugelassen werden.

Wir fordern zudem eine schnelle und unbürokratische Evakuierung aller gefährdeten Personen aus Afghanistan. Mit der Machtübernahme der steuert das Land in eine Hungersnot. Überdies werden in Afghanistan täglich Menschen gefoltert und ermordet. Aufnahmeprogramme der Bundesländer sowie ein Bundesaufnahmeprogramm sind jetzt zwingend erforderlich.

Detailliertere Ausführungen zu den asylpolitischen Entscheidungen und Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union finden Sie in unserer Stellungnahme.

In Erwartung Ihrer baldigen Antwort verbleiben wir mit freundlichen Grüßen,